

Große Kreisstadt Aue-Bad Schlema



Vergabeunterlagen

Maßnahme:	Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer für den Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema
Leistung:	Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer
Vergabe-Nr.:	2025-M5010005

Vergabestelle: Stadtverwaltung Aue-Bad Schlema
Hauptamt – Vergabestelle
Goethestraße 5, 08280 Aue-Bad Schlema

Auftraggeber: Große Kreisstadt Aue-Bad Schlema
Goethestraße 5
08280 Aue-Bad Schlema

Vergabestelle

Stadtverwaltung Aue-Bad Schlema
Goethestraße 5
08280 Aue-Bad Schlema
Deutschland
Tel. +493771281186

Fax +493771281234

Vergabeart

- offenes Verfahren
 nicht offenes Verfahren
 Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
 Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
 Wettbewerblicher Dialog
 Innovationspartnerschaft

Ablauf der Angebotsfrist

Datum	Uhrzeit
02.06.2025	13:30

Bindefrist endet am **30.09.2025**

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gem. VgV)

Bezeichnung der Leistung:

Maßnahmennummer

Maßnahme

**Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer
für den Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema**

Vergabenummer

Leistung

2025-M5010005

Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer

Anlagen**A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind**

- 632EU Bewerbungsbedingungen EU (Ausgabe 2017)
 226 Mindestanforderungen an Nebenangebote
 227 Zuschlagskriterien
 576 EU

-

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden

- Teile der Leistungsbeschreibung: Beschreibung, Pläne, sonstige Anlagen
 634 Besondere Vertragsbedingungen
 635 Zusätzliche Vertragsbedingungen (Ausgabe 2017)
 241 Abfall
 244 Datenverarbeitung
 634 EU-A (weitere Vertragsbedingungen der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema)

-

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind

- 633 Angebotsschreiben
- Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- 634 EU-A (weitere Vertragsbedingungen der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema)**
- 124 **Eigenerklärung bzw. Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)**
- 576 EU
-

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
-
-
-
-

1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung

Stadtverwaltung Aue-Bad Schlema
Goethestraße 5
08280 Aue-Bad Schlema

zu vergeben.

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- elektronisch über die Vergabeplattform
- in Textform unter nachstehender Anschrift:
 Stelle

Straße
 PLZ/Ort

Fax
 E-Mail

3 Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise)

Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung (Angebotsschreiben Nummer 6) einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

- siehe Auftragsbekanntmachung
- Referenzliste der letzten 3 Fahrzeuge in Deutschland ausgeliefert**
- ggf. Fertigungsterminplan**
- Zertifizierung des Bieters nach DIN ISO 9001 und Zertifizierung nach ISO 14000 ff**
- 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft, 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer**
- 576 EU**

3.2 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen

- siehe Auftragsbekanntmachung
-
-
-
-

3.3 Entfällt**4 Losweise Vergabe**

- nein
- ja, Angebote sind möglich für
 - alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)
 - eine maximale Anzahl an Losen: siehe Bekanntmachung oder Aufforderung zur Interessensbestätigung
 - nur ein Los

bei zugelassener Angebotsabgabe für mehr als ein Los:

- Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann
Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung
Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

5 Nebenangebote

- 5.1 Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen EU gilt nicht.
 - 5.2 Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Bewerbungsbedingungen EU) - angenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -
 - für die gesamte Leistung
 - nur für nachfolgend genannte Bereiche:
- mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

-
-

6 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

- Zuschlagskriterium Preis
Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.
Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen.

Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien
Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstatt für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

7 Zugelassene Angebotsabgabe

Elektronisch

in Textform mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

Schriftlich

Das beigefügte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

siehe Briefkopf

Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe

„Angebot für

Maßnahmenummer:	Maßnahme: Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer für den Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema
Vergabenummer: 2025-M5010005	Leistung: Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer

"

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

8 Behörde, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:

Vergabekammer (§ 156 GWB):

**1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen
PF 10 13 64, 04013 Leipzig**

9

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der Vergabeverordnung (VgV).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbst gefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Nebenangebote

4.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).

4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

5 Bietergemeinschaften

5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

5.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeförderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

6 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der-Verpflichtungserklärung abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

7 Eignung

Unternehmen haben als Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder** die in der Auftragsbekanntmachung oder der Aufforderung zur Interessensbestätigung angegebenen Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise)
- **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) als vorläufigen Nachweis vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 6 sind auf gesondertes Verlangen die Unterlagen/die EEE auch für diese abzugeben.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

Vergabenummer	2025-M5010005
---------------	---------------

Maßnahme

**Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absatzcontaineranlage und Streuer
für den Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema**

Leistung

Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absatzcontaineranlage und Streuer

BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN

Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B).

1 Überwachung der Anlieferung

Die Überwachung obliegt dem Auftraggeber. Dieser hat den Architekten/Ingenieur

./.

mit der Wahrnehmung beauftragt. Anordnungen dürfen nur vom Auftraggeber bzw. vom beauftragten Architekten/Ingenieur getroffen werden.

2 Anlieferungs- oder AnnahmestelleOrt Am Bahnhof 16, 08280 Aue-Bad SchlemaGebäude Städtischer Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema

Raum _____

3 Ausführungsfristen

Anlieferung

6 Monate nach Auftrag

Ende der Ausführung

folgende Einzelfristen sind Vertragsfristen:

Liefertermin ist mit dem Städtischen Betriebshof zu vereinbaren, Tel.: 03771 51000

4 Vertragsstrafen (§ 11)

Der Auftragnehmer hat als Vertragsstrafe für Verzug zu zahlen:

4.1 bei Überschreitung der unter 3. genannten Fristen

 für jede vollendete Woche _____ Prozent für jeden Werktag 0,2 Prozent

desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen ist der nicht nutzbare Teil der Leistung, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

4.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 2,00 Prozent der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt.

4.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung verbindlicher Zwischentermine (Einzelfristen als Vertragsfristen) werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

5 Rechnungen (§ 15)

Alle Rechnungen sind beim Auftraggeber

1 -fach und zugleich

bei _____

_____ -fach einzureichen.

6 Sicherheitsleistung (§ 18)

6.1 Stellung der Sicherheit

Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des Auftragnehmers aus dem Vertrag ist in Höhe von

5,00 Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten, sofern die Auftragssumme mindestens 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, und wenn dies für die sach- und fristgemäße Leistung ausnahmsweise erforderlich erscheint.

Sicherheit kann wahlweise durch Hinterlegung von Geld oder durch Bürgschaft geleistet werden.

6.2 Sicherheitsleistung durch Bürgschaft

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das Formblatt „**Vertragserfüllungsbürgschaft**“ des Vergabe- und Vertragshandbuchs für die Baumaßnahmen des Bundes (VHB) zu verwenden oder die Bürgschaftserklärung muss inhaltlich vollständig dem Formblatt des Auftraggebers entsprechen.

Die Bürgschaftsurkunden enthalten folgende Erklärung des Bürgen:

- "Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- Auf die Einreden der Vorausklage gemäß § 771 BGB wird verzichtet.
- Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung des Auftraggebers zuständigen Stelle."

7 Zahlungsbedingungen (§ 17)

Vorauszahlungen werden nur geleistet, wenn nachfolgend eine Regelung getroffen ist.

8 - frei -

9 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

Es gelten die Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen (EFB 634 EU-A weitere Vertragsbedingungen)

-- Ende der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen --

weitere Vertragsbedingungen der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema**Leistung: Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer**

1. Der Auftrag wird nur an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Anbieter zu angemessenen Preisen vergeben. Maßstab hierfür ist die Zertifizierung des Bieters nach ISO 9000 ff. Ein Nachweis über die Zertifizierung des Anbieters nach DIN ISO 9001 (Qualitätsmanagementsystem) ist dem Angebot beizulegen.
2. Dem Angebot sind die geforderten technischen Beschreibungen mit Maßen, Gewichten und Leistungen, sowie Entwurfszeichnungen beizufügen. Vom Bieter sind aktuelle technische Unterlagen und Prospektmaterial über das Fahrzeug dem Angebot beizufügen. Es ist eine Referenzliste von mindestens drei ausgelieferten Fahrzeugen dieser Bauart und Typs in der BRD in den letzten Jahren zu erbringen.
Angebote ohne die benötigten Unterlagen sind unvollständig und werden von der Vergabe ausgeschlossen.
3. In allen Details des Angebotes ist der aktuelle Stand der Technik zu berücksichtigen. Der gesamte Leistungsumfang muss zum Zeitpunkt der Lieferung den neuesten einschlägigen Bestimmungen und Vorschriften wie z.B. EG-Richtlinien, StVZO, UVV, DIN- und EN-Normen, Gerätesicherheitsgesetz, EG-Maschinenrichtlinie, den Aufbaurichtlinien der Fahrgestell- bzw. Aufbauhersteller sowie den allgemeinen anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln der Mitgliedsstaaten der europäischen Union entsprechen.
4. Das gesamte Fahrzeug muss der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) der BRD entsprechen.
5. Die angeführte Leistungsbeschreibung stellt ein Mindestanforderungsprofil dar und ist vollständig, mit allen Angaben, auszufüllen. Das Nichterfüllen einzelner Positionen führt zur Unvollständigkeit des Angebotes und kann zum Ausschluss führen.

Im Leistungsverzeichnis werden in einigen Positionen beispielhaft Hersteller/Fabrikate genannt, deren Eigenschaften bei der Planung zu Grunde gelegt wurden. Im Folgenden können vom Bieter mindestens gleichwertige Produkte angeboten werden. Die in der Leistungsbeschreibung enthaltenen Produktbezeichnungen gelten insofern nur als Qualitätsbeispiele. Der Nachweis der Mindestgleichwertigkeit der angebotenen Produkte obliegt dem Bieter. Sofern im Leistungsverzeichnis nach dem angebotenen Produkt gefragt wird, ist das Produkt eindeutig zu bezeichnen (z.B. durch Angabe von Hersteller, Fabrikat, Typ).

6. Besonderes Augenmerk bei der Vergabe wird auf die Kompatibilität der einzelnen Baugruppen, hinsichtlich der Abstimmung von Leistungsdaten und von vorhandenen Schnittstellen aufeinandergelegt. Auf eine möglichst geringe Anzahl von verschiedenen Lieferanten für diese Baugruppen ist zu achten.
7. Aus dem Angebot müssen Bauweise, technische Daten, Kraftstoffverbrauch nach DIN-EN, Funktion und Beschaffenheit des jeweiligen Gerätes/Fahrzeuges eindeutig hervorgehen (Prospekte sollen ggf. um die geforderten Daten ergänzt werden).
8. Die Angebote sind ausschließlich auf den beigefügten Blättern dieses Leistungsverzeichnisses abzugeben. Die Vordrucke sind vollständig auszufüllen. Sie müssen mit einer Endsumme abschließen.



9. Die Angebotspreise (in €) sind Festpreise für den gesamten Ausführungszeitraum und müssen eventuelle Nebenkosten enthalten. Die Endsumme ist inklusive Steuern und Zöllen anzugeben. Die Steuern und Zölle sind getrennt auszuweisen.
10. Der Auftraggeber behält sich vor, einzelne Positionen bei Überschreitung der budgetierten Summe aus dem Angebot zu streichen. Die restlichen Einzelpreis-Positionen bleiben auch in diesem Fall unverändert.
11. Im Angebot ist eine detaillierte Einweisung des Bedienpersonals beim Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema zu berücksichtigen.
12. Der Bieter hat den Angebotsunterlagen ggf. einen detaillierten Fertigungsterminplan mit den wesentlichen Eckdaten des Fertigungsdurchlaufs beizulegen.
13. Der Hersteller verpflichtet sich, zur Mängelbeseitigung während des Garantieanspruches die einen Werkstattaufenthalt bedingen, das Fahrzeug vom Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema abzuholen und in einem mängelfreien Zustand auszuliefern. Darüber hinaus gilt Nummer 4 Formblatt 634-EU-A.
14. Es ist ein Kundendienst in einer Entfernung von max. 35 km zu gewährleisten. Die Liefermöglichkeit von Ersatzteilen über einen Zeitraum von 25 Jahren ab Auslieferung muss gewährleistet werden.
15. Monteure des Herstellers/Lieferanten, die zu Reparaturzwecken herangezogen werden, müssen deutschsprachig sein oder es ist ein kompetenter Dolmetscher als ständiger Ansprechpartner bereitzustellen. Kosten für den Dolmetscher gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift, Name



Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen

1 Art und Umfang der Leistungen (§ 1 VOL/B)

Die vereinbarten Preise enthalten auch die Kosten für Verpackung, Aufladen, Beförderung bis zur Anlieferungs- oder Annahmestelle und Abladen, wenn in der Leistungsbeschreibung nichts anderes angegeben ist.

Der Auftragnehmer hat Packstoffe zurückzunehmen und ggf. auf seine Kosten zu beseitigen. Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Preis für die Leistung abgegolten.

2 Änderung der Leistung (§ 2 Nummer 3 VOL/B)

2.1 Beansprucht der Auftragnehmer aufgrund von § 2 Nummer 3 eine erhöhte Vergütung, muss er dies dem Auftraggeber unverzüglich - möglichst vor Ausführung der Leistung und möglichst der Höhe nach - schriftlich mitteilen.

2.2 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die durch die Änderung der Leistung bedingten Mehr- oder Minderkosten nachzuweisen.

3 Ausführung der Leistung (§ 4 VOL/B)

Der Auftraggeber kann sich über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung unterrichten.

4 Güteprüfung (§ 12 Nummer 2 VOL/B)

Verlangt der Auftraggeber eine im Vertrag nicht vereinbarte Güteprüfung, werden dem Auftragnehmer die dadurch entstandenen Kosten erstattet.

5 Abnahme (§ 13 VOL/B)

5.1 Die Lieferung oder Leistung wird förmlich abgenommen.

5.2 Die Gefahr geht, wenn nichts anderes vereinbart ist, auf den Auftraggeber über

- bei Lieferleistungen mit der Übernahme an der Anlieferungsstelle,
- bei Aufbauleistungen mit der Abnahme.

6 Mängelansprüche (§ 14 VOL/B)

Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beginnt mit der Abnahme der Leistung.

7 Rechnungen (§§ 15 und 17 VOL/B)

7.1 Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.

Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.

7.2 In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

8 Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen (§ 16 VOL/B)

Der Auftragnehmer hat über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen arbeitstäglich Listen in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen

- das Datum,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngößen enthalten.

Rechnungen über Stundenverrechnungssätze müssen entsprechend den Listen aufgegliedert werden. Die Originale der Listen behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

Name und Anschrift des Bieters
(Firmenname lt. Handelsregister)

Ort:	
Datum:	
Tel.:	
Fax:	
e-mail:	
USt.-ID-Nr.:	
HR-Nr.:	
Registergericht	
BlmA-Nummer	

(Name und Anschrift der Vergabestelle)

Stadtverwaltung Aue-Bad Schlema

Goethestraße 5
08280 Aue-Bad Schlema
Deutschland

Angebotsschreiben

Bezeichnung der Leistung:

Maßnahmenummer	Maßnahme
	Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer
	für den Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema

Vergabenummer	Leistung
2025-M5010005	Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer

Anlagen¹, die Vertragsbestandteil werden

- Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- 234 Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- Nebenangebot(e)
-
-
-
-

Anlagen¹, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- 124 LD Eigenerklärung zur Eignung
- Einheitliche Europäische Eigenerklärung
-
-

1 vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

- 1** Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.
- 2** Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt incl. Umsatzsteuer _____ Euro
- 3** Anzahl der Nebenangebote _____ St.
- 4** Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote _____ %
- 5** Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Ausgabe 2003,
 - Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B
- 6** Ich/Wir erklären, dass
- ich/wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).
 - ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
 - mir/uns zugewandene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
 - das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
 - falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
 - ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Ist

- bei einem elektronisch übermitteltem Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
 - ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
 - ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,
- wird das Angebot ausgeschlossen.

Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahme: Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer für den Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema	
Leistung: Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer	Vergabenummer: 2025-M5010005

Vergabeart:			
<input checked="" type="checkbox"/> Offenes Verfahren	<input type="checkbox"/> Nicht offenes Verfahren	<input type="checkbox"/> Verhandlungsverfahren	<input type="checkbox"/> Wettbewerblicher Dialog
<input type="checkbox"/> Innovationspartnerschaft			

<input type="checkbox"/> Bewerber ¹ <input type="checkbox"/> Bieter ¹ <input type="checkbox"/> Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft ¹ <input type="checkbox"/> Nachunternehmer ¹ <input type="checkbox"/> anderes Unternehmen ¹	Angabe des Unternehmens: (z.B. Firmenstempel)
--	--

I. Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB
Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir <u>keine</u> der zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB erfüllen:
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> falls nein: Nachweis der Selbstreinigung nach § 125 GWB (siehe Punkte III) erforderlich
§ 123 GWB - Zwingende Ausschlussgründe (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach: <ol style="list-style-type: none"> 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

¹ zutreffendes ankreuzen

3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder

2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

II. Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir keine der fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB erfüllen:

ja

nein

falls nein: Nachweis der Selbstreinigung nach § 125 GWB (siehe Punkte III) erforderlich

§ 124 GWB - Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,



2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
- a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
- b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
- c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

III. Ich/Wir führen folgende Nachweise der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB an:

Tatbestand nach GWB	Nachweis der Selbstreinigung nach § 125 GWB (Erläuterungen ggf. auf separater Anlage)

§ 125 GWB - Selbstreinigung

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen, bei dem ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 vorliegt, nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren aus, wenn das



Unternehmen nachgewiesen hat, dass es

1. Für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten

Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und

3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere

Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden. § 123 Absatz 4 Satz 2 bleibt unberührt.

(2) Öffentliche Auftraggeber bewerten die von dem Unternehmen ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen und berücksichtigen dabei die Schwere und die besonderen Umstände der Straftat oder des Fehlverhaltens. Erachten die öffentlichen Auftraggeber die Selbstreinigungsmaßnahmen des Unternehmens als unzureichend, so begründen sie diese Entscheidung gegenüber dem Unternehmen.

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren,

soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen.

	Euro
	Euro
	Euro

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen vorlegen.

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenznachweise aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung.

Bei einem Teilnahmewettbewerb sind die Referenznachweise bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Angaben zu Arbeitskräften

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal



angeben.

Bei einem Teilnahmewettbewerb sind die o.g. Angaben bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

Ich bin/Wir sind im Handelsregister eingetragen.

Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

Falls mein/unsere Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unsere Erklärung vorlegen:

Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unsere Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt

Ich/Wir erkläre(n), dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen mich/uns oder Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen

Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB),

die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro netto wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern bzw. eine Abfrage beim Wettbewerbsregister (Bundeskartellamt) durchführen.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur

Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse², eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen³ sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)⁴

² soweit mein Betrieb beitragspflichtig ist

³ soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

⁴ nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist



Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer	Baumaßnahme
	Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer für den Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema
Vergabenummer	Leistung
2025-M5010005	Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streu

Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären¹, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

_____	_____	_____
Ort	Datum	Unterschrift

¹ Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	2025-M5010005	
Baumaßnahme		
Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absatzcontaineranlage und Streuer für den Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema		
Leistung		
Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absatzcontaineranlage und Streuer		

Ergänzung des Angebotsschreibens**Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen, für die sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird**

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns anderer Unternehmen bedienen werde(n).

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

In Hinsicht auf meine/unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	
Name des Unternehmens	Angabe zu der von diesem Unternehmen überlassenen Eignung

Bewerber/Bieter	Vergabenummer	Datum
	2025-M5010005	
Baumaßnahme		
Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absatzcontaineranlage und Streuer für den Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema		
Leistung		
Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absatzcontaineranlage und Streuer		

Name, gesetzlicher Vertreter, Kontaktdaten des sich verpflichtenden Unternehmens
--

Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter diesem mit den erforderlichen Kapazitäten meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen.

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der (Teil)Leistungen

(Ort, Datum, Unterschrift)

- Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften.¹

(Ort, Datum, Unterschrift)

Anmerkung: Sofern Verpflichtungserklärungen in Kopie oder als Telefax vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle vor, die Originale zu verlangen.

¹ Diese Erklärung muss abgegeben werden, wenn sie in den Teilnahmebedingungen gefordert ist.

Maßnahme: Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer für den Städtischen Betriebshof der Großen Kreisstadt Aue-Bad Schlema	
Leistung/CPV: Ersatzbeschaffung Geräteträger 12t mit Absetzcontaineranlage und Streuer	Vergabe-Nr.: 2025-M5010005

Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen

a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.

2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).

Hinweis:

Ein schriftlicher Teilnahmeantrag bzw. schriftliches Angebot ist an dieser Stelle zu unterschreiben. Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung zusammen mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot gilt diese als vom Bewerber bzw. Bieter unterschrieben.

Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages oder dem Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben:

Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft:
Name des Unternehmens:

Auszug Artikel 5k der VO (EU) 2022/576:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift, Name



Leistungsbeschreibung Mehrzweckgeräteträger

1. Technische Anforderungen

1.1. Massen (Gewichte)

- | | | |
|--|-------------------|----------|
| - Max. zul. Gesamtgewicht 12,1 t | tatsächlich | t |
| - Anhängelast gebremst mind. 13.000 kg | tatsächlich | kg |
| - Anhängelast Zentralachsanhänger
mind. 12.000 kg | tatsächlich | kg |
| - Stützlast Zentralachsanhänger | | 1.000 kg |

Die angegebenen zulässigen Massen und Anhängelasten sind in den Fahrzeugbrief einzutragen!

Abmessungen

- | | | |
|--|-------------------|----|
| Radstand bis 3150 mm | tatsächlich | mm |
| Fahrzeuglänge bis 5.110 mm | tatsächlich | mm |
| Fahrzeugbreite bis 2.200 mm | tatsächlich | mm |
| Fahrzeughöhe bis 2.900 mm o. Rundumleuchte | tatsächlich | mm |
| Wendekreisdurchmesser max. 14,5 m | tatsächlich | m |

1.2. Antriebsstrang

1.2.1. Motor

Dieselmotor – Abgasnorm Euro 6, E mit OBD-C

Ausführung:

- | | | |
|---------------------------------|-------------------|-----------------|
| Leistung mind. 200 kW | tatsächlich | kW |
| | bei | min-1 |
| Max. Drehmoment | | Nm |
| Leerlaufdrehzahl | | min-1 |
| Anordnung der Zylinder / Anzahl | / | |
| Hubraum | | cm ³ |

- Luftansaugung winterdiensttauglich (umschaltbar oder hochgelegt)

Ausführung:

.....

- Abgasanlage mit Berührungsschutz hinter Fahrerhaus hochgezogen

Art der Ausführung:

.....

- Kraftstoffbehälter mind. 200 l, verschließbar tatsächlich l

- AdBlue-Behälter mind. 25 l tatsächlich l

- Drehzahlregelung für Anbaumaschinenbetrieb

Art der Ausführung:

.....

- Kühler für schmutzintensiven Einsatz

Art der Ausführung:

.....

1.2.2. Kupplung

- Betätigungskraft Kupplungspedal max. 150 N tatsächlich N

1.2.3. Getriebe/Schaltung

- Schaltgetriebe vollsynchronisiert incl. Gangvorwahl

.....

- mindestens 8 Vorwärtsgänge tatsächlich

- 4 – 6 Rückwärtsgänge tatsächlich

- Verteilergetriebe mit sperrbarem Längsdifferential bei permanentem Allradantrieb während der Fahrt zu- und abschaltbar

- Tempomat

- Elektropneumatische Schaltung

- Zusätzliche Nachschaltgruppe zur Untersetzung der mind. 8 Vorwärts- und Rückwärtsgänge

- o Erweiterte Gangabstufung um mind. 8 zusätzliche Vor- und Rückwärtsgänge
- o Pneumatische Zuschaltung der Arbeitsgruppe bei Fahrzeugstillstand

- EAS mit 2-Pedal-Bedienung (Fahr- und Bremspedal)

1.3. Fahrwerk

1.3.1. Achsen

- Achsenausführung:

.....

- Stabilisatoren vorne/hinten:

.....

- Hinterachsübersetzung ausgelegt für 89 – 95 km/h

bei Nenndrehzahl im höchsten Gang tatsächlich km/h

.....

- Differentialsperre VA + HA tatsächlich

1.3.2. Federung

Ausführung einschließlich Stoßdämpfer und Stabilisatoren

VA:

HA:

1.3.3. Bereifung

Radialreifen entsprechend der technisch erforderlichen Achslasten für Straße, Gelände und Winterdienst.

- 4-fach
- Hersteller: Continental
- Größe: 365/80 R20
- Bezeichnung: MPT 81
- tatsächlich:

Der Betrieb mit Schneeketten und Schleuderketten ist zu gewährleisten

- Schleuderketten, bei Bedarf vom Fahrerhaus zuschaltbar, passend f. geforderte Bereifung (Punkt 1.3.3)
Typ: RUD Rotogrip CS oder vergleichbar

tatsächlich:

Bremsen

- Pneumatische Scheibenbremsen
- Antiblockiersystem / 4-Kanal ABS
- Bremse nach 71/320/EWG (Nutzfahrzeug mit ALB)
- Lufttrockner beheizt
- Rollsperrung mit Haltefunktion zur Unterstützung beim Anfahren
- Vorratsluftbehälter für alle Bremskreise mit Entwässerungsventil
- 2-Kreis-Bremsanlage für Anhänger

1.3.4. Lenkung

- Elektrohydraulische Lenkung, mit geschwindigkeitsabhängige Lenkkraftunterstützung zur Entlastung des Fahrers vor allem bei lenkintensiven Fahrzeugeinsätzen

1.4. Fahrerhaus

- Luftgefederter Fahrersitz mit Sitzheizung und Armlehne
- Armlehne rechts mit Bedienhebelaufnahme und Behebel steckbar für Fahrsitz
- Luftgefederter Beifahrersitz mit Sitzheizung und Armlehne
- Armlehne rechts mit Bedienhebelaufnahme für Beifahrersitz
- Transparente Sonnenblende, außen am Fahrerhaus
- Universalbedienpulhalterung
- Automatik-Sicherheitsgurte und Kopfstützen für beide Sitze
- 1 Stück Kabeldurchführung in Fahrerhausfrontseite und 1 Stück an der Rückwand
- Fahrerhaus kippbar
- Fensteranordnung und Ausführung mit guter Sicht auf die Anbaugeräte
- Elektr. Fensterheber
- Tiefsichtfenster in Türen - wärmedämmend
- Rückwandfenster über Fahrerhausbreite
- Gummi-Fußmatten Fahrer- und Beifahrerseite
- Sitzbezüge für Fahrer- und Beifahrersitz
- Spiegelausrüstung verbreitert für Sichtfelderweiterung bei größerer Fahrzeugbreite und für Aufbauten, die über die serienmäßige Fahrzeugbreite hinausragen
- Kleiderhaken
- Leseleuchte für Fahrer und Beifahrer
- Radio mit USB und Bluetooth
- Scheibenwischer an Frontscheibe (Dachwischeranlage)
(mind. 3-stufig mit Intervall), 2 Wischerendstellungen
- Klimaanlage
Ausführung:
- Regelbarkeit:
- Luftaustritt:
- Feinstaub- und Pollenfilter
- Digitaler Tachograf, 2. Generation, gemäß EU-Verordnung Nr. EU/2016/799
- Vorrüstung Mauterfassung
- Instrumente/Anzeigen mit Helligkeitsregelung u.a.
Außentemperatur
Luftfilterwartung
Betriebsstundenzähler
- Multifunktionslenkrad
- Lenkstockschalte mit Gang- und Moduswahl

1.5. Geräteantrieb

1.5.1. Nebenantrieb

- Getriebe-Nebenantrieb mit 4-Loch-Flansch , gemäß DIN 5480 für den mechanischen Antrieb von Aggregaten
- Maximal abnehmbares Drehmoment (dauerhaft): 650 Nm
- Maximal abnehmbare Dauerleistung: 150 kW
- Drehrichtung: in Fahrtrichtung links
- Übersetzungsverhältnis: $i = 1$
- Nebenantriebsdrehzahl: 2.200 U/min bei Motornendrehzahl
- Bedienung durch Drucktaster im Fahrerhaus, vorzugsweise in der Mittelkonsole
- Kontrollleuchte

1.5.2. Hydraulikanlage

Die Hydraulikanlage ist für die Steuerung und den Antrieb der aufgeführten An- und Aufbau-geräte auszulegen.

Der gleichzeitige Betrieb von Front- und Aufbaugerät ist zu gewährleisten (z.B. Schneepflug und Streumaschine).

- Hydraulikleistungen: Kreis 1:
Fördermenge mind. 32 l/min.
Arbeitsdruck 210 bar

Kreis 2:
Fördermenge mind. 55 l/min.
Arbeitsdruck 240 bar
Mengenumschaltung / Summenschaltung
- Hydraulikanschlüsse: vorn:
3 doppelt wirkende Ventilzellen (6 Steckanschlüsse)
Druckleistung, separate Rücklaufleitung
hinten:
Druck- und separate Rücklaufleitung (Kreis 2)
doppelt wirkende Ventilzelle (2 Steckanschlüsse)
seitlich Kreis hinter Fahrerhaus rechts am Rahmen
Druck und separater Rücklauf
- Hydr. Steckkupplungen: flachdichtend, ISO 16028
Tatsächlich:
- Hydrauliksteuerung: elektrische Steuerung der Ventilzellen
Schwimmstellung (Kreis 1)
Schneepflugentlastungssteuerung (Kreis 1)
- Kippanschluss f. Anhänger, hinten, einfachwirkend

1.6. Kipperpritsche

- Kipperpritsche mit Stahlboden und Aluminiumbordwänden
Mindestgröße: 2.385 x 2.075 x 400 mm
- Pritschenzwischenrahmen

aufgeführten Frontanbaugeräte es nicht verdecken

- Unterbodenschutz und Hohlraumversiegelung Dinol oder gleichwertig
Ausführung:

.....
.....

1.9. Lackierung

- Aufbau MB 2603 tieforange
- Fahrgestell MB 9174

1.10. Sonstiger Lieferumfang/Zubehör

- Wagenheber – hydraulisch
- Verbandtasche mit Inhalt nach DIN 13164, 2022
- Warndreieck und Warnleuchte
- Feuerlöscher im Fahrerhaus
- Bordwerkzeug
- Unterlegkeile
- Sicherheitskennzeichnung aller Fahrzeugseiten gem. DIN 30 710

1.11. Dokumentation

Alle Dokumente müssen in deutscher Sprache geliefert werden.
Alle Angaben müssen zum Zeitpunkt der Leistungserfüllung dem technischen Stand entsprechen.
Folgende Unterlagen sind mit dem Fahrzeug mitzuliefern:

- Zulassungsbescheinigung Teil 2
- Betriebs- und Wartungsanleitung
- Prüfbuch
- Abnahme und Eintragung gemäß StVZO
- Sämtliche Betriebsanleitungen und Unterlagen für zusätzliche An- bzw. Einbauten
- EG-Konformitätserklärung
- Ersatzteilliste

1.12. Mängelansprüche

Zeitdauer für Mängelansprüche mind. 24 Monate tatsächlich Monate

Sonstige Mängelansprüche

.....

1.13. Sonstiges

Wir bitten um Erläuterungen zu besonderen Ausstattungen und Funktionen:

.....
.....
.....

.....
.....
.....
.....

1.14. Hersteller / Typ/ Zustand

Hersteller:

Typ:

- Fahrzeug neu ab Werk mit max. 10 Betriebsstunden

1. Absetzkippaufbau

Pos.	Bezeichnung	Anforderung erfüllt		Bemerkung
		Ja	Nein	
	Bemerkung			
	Lieferung eines Absetzkippaufbau passend zu o.g. Fahrzeug			
2.1	Allgemein			
2.1.1	Hubleistung mind. 5.000 kg			
2.1.2	Hubleistung bei komplett ausgefahrenem Hubarm mind. 3.260 kg			
2.1.3	Leergewicht des Aufbaus max. 1450 kg			
2.1.4	Aufbaubreite: max. 2.500 mm			
2.1.5	Innenbreite zw. Hubarmen max. 2.100 mm			
2.1.6	Container Außenbreite max. 1.900 mm			
2.1.7	Behälter nach DIN 30720			
2.1.8	Schwenkeinrichtung mit zwei Auslegern und Unterquerwelle			
2.1.9	Teleskophubarme mit 1.000 mm Hubweg, getrennt steuerbar			
2.1.10	Aufbauboden mit zwei Längsträger aus hochfesten Stahl			
2.1.11	Integrierter Hilfsrahmen für LKW-Montage			
2.1.12	Handsteuerventile mit Feinsteuerungssystem aller Bewegungsfunktionen am Aufbau links montiert			
2.1.13	Hydraulikanlage: Wegeventilblock; je zwei Differenzialzylinder für Schwenkeinrichtung, Teleskophubarm und Stützfüße			
2.1.14	Hydraulikleitungen mit Steckkupplungen f. Ölversorgung und Rücklauf			
2.1.15	Mind. 4 seitliche Containeranschlänge, verstellbar in max. 20 mm Abständen			
2.1.16	Mind. 2 vordere Containeranschlänge, verstellbar in max. 50 mm Abständen			
2.1.17	Aufstiegsleiter an der Seite des Aufbaus			
2.1.18	Verzinktes Rückwandschutzgitter zum Schutz der Fahrerkabine			
2.1.19	Mind. 6 Zurösen zur Befestigung			
2.1.20	Original Rücklichtanlage des Basisfahrzeugs am Aufbau montiert			
2.1.21	Montage auf die Kugelpunkte des Pritschenzwischenrahmens			

2.1.22	Lackierung in RAL 2011 (Kommunal Orange)			
2.1.23	Kettengehänge mit Verkürzungsklaue: Mind. 4 hochfeste Ketten Mind. 8 mm mit 10er Sicherheitshaken			
2.1.24	Temperaturbeständiges Hydrauliköl gemäß DIN 51 524-3 mit Verschleiß- / Korrosionsschutz und hoher Schmiersicherheit			
2.1.25	Kippbolzenleiste zur Containerkipfung Kippbolzenleiste mit zwei Kippbolzen zum Kippen und Entleeren der Container			
2.1.26	Hydraulisch steuerbarer Kipphebel zur Containerleerung, Mittig an der Unterquerwelle			
2.1.27	Abstellvorrichtung zum Abnehmen des Aufbaus ohne Hilfsmittel für Wechselaufbauten bestehend aus zwei mechanischer Kurbelstützen und zwei Abstellrollen. Niedriger Aufbau, Aufnahme QR 100x3			
2.1.28	Heckseitig angebauter EG-Unterschutzboden für den o.g. beschriebenen Mehrzweckgeräteträger.			
2.1.29	Kugelkopf-Anhängekupplung am Unterschutzboden montiert			
2.1.30	Verzinktes Stahlblech an den Innenseiten der Hubarme fest verklebt zum Schutz vor Lackabrieb durch die Ketten.			
2.1.31	Abriebschutz auf den Längsprofilen des Aufbaubodens aufgeschraubt. Bestehend aus 8 mm dickem, verzinktem Flachstahl.			
2.1.32	Prüfung nach Betriebssicherheitsverordnung (Arbeitssicherheit)			
2.2	Erforderliche Unterlagen			
2.2.1	Datenblätter und Prospekte			
2.2.2	CE Konformität			
2.3	Lieferung und Gewährleistung			
2.3.1	Garantie 24 Monate			
2.3.2	Lieferung frei Bauhof			
2.3.3	Erstmontage und Kalibrierung			
2.3.4	Einweisung des Bedienpersonals Vorort			

- 3.6. Antrieb
 - Antrieb über Kommunalhydraulik
 - Anschlüsse vorn am Gerät
 - Hydraulikkupplungen flachdichtend, ISO 16028
 - Lackierung: pulverbeschichtet gemäß RAI. 2011, bleifrei
- 3.7. Abstell- und Befestigungssystem
 - Befestigung auf Kugelpunktrahmen des o.g. Trägerfahrzeuges
 - 4 Stück Abstellfüße mind. 3t, mit Kurbelbetrieb mittig und seitlichen Abstützungen
- 3.8. Zertifikate
 - Gerätesystempartnerschaft Zertifikat Hersteller Trägerfahrzeug und Aufbauhersteller
 - Achslastberechnung
 - Technische Daten
 - Gewichtsbilanz
 - ISO 9001
 - Nachweis TLG B III
 - CE - Erklärung
 - EG - Konformitätserklärung,
 - E1 Prüfung (EMV)

3.9. Hersteller / Typ

Hersteller:

Typ:

3.10. Mängelansprüche

Zeitdauer für Mängelansprüche mind. 24 Monate

tatsächlich Monate

3.11. Sonstiges

Wir bitten um Erläuterungen zu besonderen Ausstattungen und Funktionen:

.....

.....

.....

.....

4. Wartung

Die nächste Kundendienstwerkstatt muss sich innerhalb einer Entfernung von maximal **35 km** vom Standort des Städtischen Betriebshofes der Stadt Aue-Bad Schlema befinden. Alle Serviceleistungen bzw. Garantieansprüche werden über die unten genannten Kundendienstwerkstätten ausgeführt bzw. abgerechnet.

tatsächlich vom Bieter einzutragen:

4.1. Firma und Anschrift der nächstliegenden Kundendienstwerkstatt:

.....

5. Preise

Mehrzweckgeräteträger:

Absetzkippaufbau:

Aufbaustreuautomat:

Angebotssumme (netto):

Zzgl. gesetzl. MwSt. (19 %):

Angebotssumme (brutto) =====

Nebenangebote sind nicht zugelassen!

Ort / Datum / Stempel / Unterschrift